Bürgerbündnis "Grüner Ring Zittau"

c/o Harry Fröhlich, Wiesenweg 6, 02763 Mittelherwigsdorf

An die Abgeordneten des Sächsischen Landtages An den Landtagspräsidenten An den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen An die Vorsitzende des Petitionsausschusses

PF 110133 **01330 Dresden**



Zittau, im Januar 2023

Petition: Coronapolitik aufarbeiten – jetzt!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Landtagspräsident Rößler, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer, sehr geehrte Frau Vorsitzende Lang,

seit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 wurden zur Eindämmung von SARS-COV-2 durch Bundesund Landesregierung weitreichende Grundrechtseinschränkungen beschlossen und durchgesetzt. Diese äußerten sich in Maßnahmen wie Lockdowns, Kontakt- und Ausgehbeschränkungen, 2G/3G-Regelungen, Maskenpflichten, Impfpflichten u.a. die alle gesellschaftlichen Bereiche umfassten und bei Nichteinhaltung geahndet wurden.

Die Maßnahmen zeigten nicht die gewünschte Wirkung. Auch die Impfung selbst schützte nicht vor einer Infektion, die Schutzwirkung gegen schwere Krankheitsverläufe war zeitlich begrenzt, unerwünschte Nebenwirkungen häuften sich. Ferner belegen Studien, dass das Tragen von Masken gesundheitsschädlich ist, insbesondere für Kinder. Deshalb schränken Arbeitsschutzvorschriften das Tragen von FFP2-Masken ein.

Bürgerinnen und Bürger, die den Maßnahmen von Beginn an kritisch gegenüberstanden, wurden nicht gehört. Schlimmer noch, sie wurden öffentlich beschimpft, diffamiert und ausgegrenzt in die physische und soziale Isolation getrieben. Hinzu kamen Bestrafungen in Form von Bußgeldern, Verlust des Arbeitsplatzes, polizeiliche Gewalt, die den Sonderberichterstatter der UNO für Folter und unmenschliche Behandlung eine Anfrage an die Bundesregierung zu diesen Vorgängen stellen ließ (Nils Melzer, MDR-Aktuell, 21.04.2022).

Besonders hart betroffen von diesen nun über zwei Jahren andauernden Maßnahmen waren Kinder und Jugendliche. Schul- und Kitaschließungen, Maskenzwang im Unterricht, Kontaktverbote führten zu unverhältnismäßigen Einschränkungen, für die es keine wissenschaftliche Rechtfertigung gab. Ferner wurde auf diese psychologischer Druck ausgeübt, indem man ihnen die Schuld für den Tod von Eltern und Großeltern in die Schuhe schob. Ältere und meist hilflose Menschen in Pflegeeinrichtungen wurden isoliert und von ihren Angehörigen getrennt.

Die Unwirksamkeit der Impfung gegen Infektion war bekannt, wie Aussagen einer Direktorin des Pharmaunternehmens Pfizer, Janine Small, am 11.10.2022, vor dem EU-Parlament bestätigten.

Die Maßnahmen selbst führten zu einer nie gekannten Spaltung der Gesellschaft. Die Auswirkungen und Kollateralschäden sind noch nicht absehbar, die Aufarbeitung beginnt erst. Der notwendige Dialog wird schmerzhaft sein, aber er muss nun begonnen werden. Fehler dürfen sich nicht wiederholen.

Ministerpräsident Michael Kretschmer räumte selbst ein, dass in dieser Zeit sehr, sehr viele Ungerechtigkeiten passiert sind. Staatsministerin Petra Köpping äußerte, "es ist Zeit zu versöhnen".

Beginnen Sie mit der dringend notwendigen Aufarbeitung. Wir bitten Sie zu beschließen:

- 1. Die Rücknahme verhängter Strafen und Bußgelder sowie Einstellung laufender Verfahren.
- 2. Die Rehabilitation der Menschen, z.B. Mediziner, Wissenschaftler, Journalisten, die wegen ihrer kritischen Haltung moralischen und beruflichen Schaden erlitten.
- 3. Eine Entschuldigung bei Kindern und Jugendlichen, Senioren und Seniorinnen in Pflegeeinrichtungen und all denen die wegen ungerechtfertigter bzw. unangemessener verordneter Maßnahmen leiden mussten. Erwägen Sie eine Form der Wiedergutmachung.
- 4. Die Berufung eines Gremiums/Ausschusses bzw. einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Politik, die Überprüfung der verordneten Maßnahmen auf ihre Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit.

Unterschriften:

	Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			
19			
20			
21			
22			